



GRÜNE Graubünden | 7000 Chur

Standeskanzlei Graubünden
Reichsgasse 35
7001 Chur

04. August 2025

Vernehmlassungsantwort zur Teilrevision der Kantonsverfassung und des Gesetzes über die politischen Rechte im Kanton Graubünden betreffend Einführung Stimmrechtsalter 16

Sehr geehrter Herr Spadin

Mit dem Schreiben vom 8. Mai 2025 laden Sie zur Vernehmlassung zur Teilrevision der Kantonsverfassung und des Gesetzes über die politischen Rechte im Kanton Graubünden betreffend Einführung Stimmrechtsalter ein. Für die Möglichkeit zur Stellungnahme danken wir.

Ausgangslage

Mit der vorliegenden Revision soll das aktive Wahl- und Stimmrechtsalter in Graubünden ab 16 Jahren eingeführt werden und das Stimm- und aktive Wahlrecht für Auslandschweizerinnen und -schweizer in kantonalen Angelegenheiten. Im Februar 2022 wurde im Kanton Graubünden ein politischer Vorstoss eingereicht, um das Stimmrechtsalter auf 16 Jahre zu senken. Jugendliche sollen dadurch früher politisch mitbestimmen können, was ihr Verantwortungsbewusstsein und Interesse an Politik fördern soll. Viele politische Entscheidungen, die die Zukunft mehrerer Generationen betreffen, werden heute vor allem von Personen getroffen, die die Konsequenzen oft nicht mehr selbst tragen müssen. Deshalb ist es wichtig, dass die jüngere Generation in politische Prozesse mit einbezogen wird und mitdenken sowie mitwirken kann. Die Regierung unterstützte den Vorstoss trotz einiger Bedenken – etwa wegen des Unterschieds zwischen politischer und zivilrechtlicher Mündigkeit. Der Grosse Rat nahm den Auftrag im Juni 2022 deutlich an.

Einschätzung

Die Einführung des aktiven Wahl- und Stimmrechts ab 16 Jahren ist ein sinnvoller Schritt zur Stärkung der politischen Teilhabe junger Menschen. Jugendliche ab diesem Alter sind bereits in vielen Bereichen des Lebens verantwortlich: sie absolvieren Ausbildungen, arbeiten, leisten Freiwilligendienst und engagieren sich gesellschaftlich, aber auch in politischen Parteien. Es erscheint folgerichtig, ihnen auch das Recht einzuräumen, über politische Fragen mitzubestimmen.

Politische Entscheidungen betreffen junge Menschen unmittelbar, insbesondere in den Bereichen Bildung, Klima, Digitalisierung und Verkehr. Durch eine frühere Beteiligung können Jugendliche lernen, Verantwortung zu übernehmen und demokratische Prozesse aktiv mitzugestalten. Dies fördert das politische Interesse und stärkt langfristig das demokratische Bewusstsein.

Empirische Erfahrungen – etwa im Kanton Glarus – zeigen, dass die Senkung des Stimmrechtsalters auf 16 Jahre praktikabel ist und keinen negativen Einfluss auf die politische





Kultur hat. Im Gegenteil: Die Einbindung junger Menschen kann die demokratische Legitimation politischer Entscheidungen verbessern und der Entfremdung von Politik entgegenwirken. Für die GRÜNEN Graubünden ist das Stimmrechtsalter 16 darum eine zeitgemässe und konsequente Weiterentwicklung demokratischer Beteiligung.

Weitere Vorschläge

Ausländer:innenstimmrecht:

Viele Ausländerinnen und Ausländer leben seit Jahren in der Schweiz, arbeiten, zahlen Steuern und engagieren sich im Alltag. Trotzdem dürfen sie politisch kaum mitbestimmen. Das ist problematisch, denn wer vom Staat betroffen ist, sollte auch ein Mitspracherecht haben. Ein kantonales Stimmrecht würde die Integration fördern und das Zugehörigkeitsgefühl stärken. Politische Entscheidungen – etwa für die Schule, den Verkehr oder Infrastrukturen – betreffen alle Einwohnerinnen und Einwohner, unabhängig vom Pass.

Kantone wie Neuenburg und Waadt – aber auch Bündner Gemeinden – zeigen, dass das Ausländer:innenstimmrecht gut funktioniert. Die demokratische Beteiligung wird gestärkt, ohne dass es zu negativen Folgen kommt.

Auch wenn der GLP-Vorstoss für das Stimm- und Wahlrecht für Ausländer:innen vom Grossen Rat abgelehnt wurde, sehen wir das Ausländer:innenstimmrecht für eine inklusive Demokratie als unausweichlich.

Familienstimmrecht:

Kinder und Jugendliche sind von politischen Entscheidungen stark betroffen – etwa in den Bereichen Bildung, Gesundheitsversorgung oder Klimaschutz. Trotzdem haben sie selbst kein Stimmrecht. Ein Familienstimmrecht würde es ermöglichen, dass Eltern stellvertretend für ihre minderjährigen Kinder eine zusätzliche Stimme abgeben können.

Dieses Modell stärkt die politische Repräsentation von Familien und berücksichtigt die Interessen der kommenden Generationen. Es würde auch dem demografischen Ungleichgewicht entgegenwirken, da ältere Menschen politisch stark überrepräsentiert sind.

Die GRÜNEN Graubünden sehen das Familienstimmrecht als Zeichen für mehr Generationengerechtigkeit und dafür, dass Kinder als Teil der Gesellschaft ernst genommen werden – auch wenn sie selbst noch nicht wählen dürfen.

Wir bedanken uns für eine wohlwollende Prüfung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Lydia Tobler
Parteisekretärin GRÜNE Graubünden

Nadine Nef
Delegierte Junge GRÜNE Graubünden